



## Haushaltsdebatte: Zeitenwende Sondervermögen wird zweckentfremdet Unionsfraktionschef Merz kritisiert Kanzler Scholz scharf

Traditionell eine ganze Woche beriet der Bundestag in erster Lesung den Entwurf für den Bundeshaushalt 2024, in der die Regierungspolitik auf den Prüfstand gestellt wird. Höhepunkt ist die so genannte Generaldebatte. In dieser warf Fraktionschef Friedrich Merz der Koalition vor, dass sie trotz Zeitenwende einfach weitermacht wie bisher. So sei die Bundeswehr trotz der Bedrohung von Frieden und Freiheit weiterhin unterfinanziert. Die Soldatinnen und Soldaten seien die „Verlierer“ der Etatplanung. Auch an anderen Stellen bleibe alles beim Alten: Die Regierung erhöhe die konsumtiven Ausgaben und verteile das Geld der Bürger um.

Merz, der als Oppositionsführer traditionsgemäß die Aussprache eröffnete, kritisierte Bundeskanzler Olaf Scholz scharf. Vor allem habe Scholz die Zeitenwende, die er nach dem Überfall Russlands auf die Ukraine selbst ausgerufen hatte, nicht umgesetzt. So werde das Ziel, zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts für Verteidigung auszugeben, nicht dauerhaft verfolgt. Das für



Josef Rief bei seiner Rede zum Agrarhaushalt am Donnerstag

große Beschaffungen der Bundeswehr vorgesehene Sondervermögen in Höhe von 100 Milliarden Euro werde für laufende Ausgaben geplündert. Angesichts von 95 Milliarden Euro, die in 29 Sonderhaushalten verbucht sind, warf Fraktionsvize Alexander Dobrindt der Regierung auch grundsätzlich eine unsolide Haushaltsführung vor.

Im Verteidigungshaushalt entsteht laut Merz Seite 2

### Weniger neue Transporthubschrauber und Verlagerung von Dienstposten vom Standort Laupheim wären für Region nicht akzeptabel

Josef Rief zeigt sich besorgt über Berichte, nach denen das Bundesverteidigungsministerium plant, von den neu anzuschaffenden Transporthubschraubern nur noch 12 statt bisher 40 in Laupheim zu stationieren und gleichfalls den Stab des Hubschraubergeschwaders 64 nach Holzdorf zu verlagern.

„Das wäre ein Bedeutungsverlust für den Bundeswehrstandort Laupheim, wenn auf einen Schlag über ein Drittel der 1.800 Dienstposten wegverlegt würden. Das ist für Laupheim und die ganze Region nicht akzeptabel. Als Ersatz für die in die Jahre gekommenen CH-53 Hubschrauber werden aus dem Sondervermögen Bundeswehr jetzt CH-47F Hubschrauber gekauft. Nun sol-

len aber nur noch 12 CH-47F statt bisher 40 Hubschrauber in Laupheim verbleiben. Aktuell sollen auch der Stab mit 200 Dienstposten, eine fliegende Einheit mit ca. 100 Dienstposten und eine technische Einheit mit ca. 150 Dienstposten zusätzlich nach Holzdorf verlagert werden, wo bisher 20 CH-53 stehen. Ein tiefer Einschnitt für den Standort Laupheim. Ich habe Bundesverteidigungsminister Pistorius um Aufklärung und Konkretisierung gebeten. Es kann nicht sein, dass die Laupheimer aus der Zeitung erfahren, wenn so wichtige Veränderungen geplant sind und keine konkreten Informationen vorliegen. Sollten tatsächlich bis zu 700 Dienstposten ohne Kompensation wegfallen, wäre der Standort ernsthaft gefährdet“, sagte Josef Rief ■

Besuchen Sie Josef Rief auch auf seiner Homepage, bei Facebook und auf Instagram!



## Fortsetzung von Seite 1

2027, wenn das Sondervermögen aufgebraucht sein werde, eine Lücke von mindestens 30 Milliarden Euro. Fest stehe: Die Bundeswehr bleibe „das ungeliebte Kind“ der Regierung, obwohl auf absehbare Zeit „die Sicherung des Friedens und unserer Freiheit die wichtigste staatliche Aufgabe“ sein werde. Damit schade die Regierung dem Vertrauen, dass die EU- und NATO-Partner in Deutschland setzen. Auch auf anderen Gebieten mache die Koalition so weiter wie bisher, kritisierte Merz. So schaffe sie neue bürokratische Regeln, etwa mit der Kindergrundsicherung und dem Gebäudeenergiegesetz. Zudem Sorge die Koalition mit zunehmenden Transferleistungen dafür, dass sich Arbeit nicht mehr lohne. Und mit ihrer Verbotspolitik verfehle die Ampel-Koalition sogar die selbst gesetzten Klimaziele. Die Union hingegen setze bei der Klimawende auf Technologieoffenheit.

Um die illegale Migration zu begrenzen, forderten Merz und Dobrindt Kontrollen an den Grenzen zu Polen und Tschechien – ähnlich den Kontrollen an den Grenzen zu Österreich. Der Erste Parlamentarische Geschäftsführer Thorsten Frei warf der Koalition vor: „Sie unternehmen nichts, um die Migration zu ordnen, zu steuern und zu begrenzen.“ „Rezession, Inflation, Migration – das sind die Themen, die die Menschen beschäftigen“, sagte Frei. Darauf brauche es Antworten der Politik.

In seiner Rede zum Agrarhaushalt kritisierte Josef Rief Bundeslandwirtschaftsminister Özdemir scharf, der nur mit Versprechungen durchs Land ziehe, ohne Taten folgen zu lassen. So sei der Landwirtschaftshaushalt mit knapp 420 Mio. Euro Kürzungen überproportional getroffen. Besonders einschneidend seien die Kürzungen bei der Gemeinschaftsaufgabe Argarstruktur und

Küstenschutz (GAK), dem wichtigsten Förderinstrument für den ländlichen Raum, dem allein knapp 300 Mio. Euro fehlten. So schaffe die Ampel keine gleichwertigen Lebensverhältnisse. Rief kritisierte außerdem, dass von der „Bauernmilliarde“, die Landwirte bei der Anschaffung umweltfreundlicher Maschinen etwa zur Ausbringung von Wirtschaftsdünger unterstützen sollte, erst 445 Mio. ausgezahlt seien und die Summe für 2024 trotzdem um ein Viertel gekürzt werde. Für das Tierwohl sei dieser Haushaltsentwurf eine Bankrotterklärung. Vollmundige Versprechen von einer Milliarde Euro über vier Jahre hätten im kommenden Jahr dann 250 Mio. Euro für den Umbau der Tierhaltung erfordert. Dagegen bleibe es aber bei den dürftigen 150 Mio. Euro. Kaum ein Landwirt werde zum Zuge kommen und seinen Stall umbauen. Das Projekt sei damit gescheitert. Dass die renommierte Borchert-Kommission für eine solche Politik nicht ihren Namen hergeben wolle und enttäuscht hingeworfen habe, sei nachvollziehbar. Das verpflichtende Tierwohllabel komme trotzdem - aber nur für deutsches Fleisch. Der preisbewusste Verbraucher werde zum ausländischen Billigfleisch greifen. Nicht ohne Grund rolle eine Ausstiegswelle durchs Land: Inzwischen geben jedes Jahr 10 Prozent der Schweinehalter auf. Aber aus Sicht des Ministers sei es gut so, denn je weniger Schweine in Deutschland – umso besser. Die Tierwohlstandards im Ausland seien ja nicht unser Problem. Das sei keine seriöse oder nachhaltige Politik, das sei reiner Zynismus. Rief forderte Minister Özdemir auf, sich für die Menschen auf dem Land und die Bäuerinnen und Bauern reinzuhängen, statt nach dem nächsten Posten zu schielen. „Wenn Anspruch und Wirklichkeit weiter so auseinanderdriften, wird das politisch verheerende Folgen für die ländlichen Räume haben. Das gilt es zu verhindern“, so Josef Rief. ■

## Ampelmehrheit stimmt umstrittenen Heizungsgesetz zu - Union kritisiert Vorhaben und Verfahren

Am Freitag hat der Bundestag mit den Stimmen der Ampelkoalition gegen die überwältigende Mehrheitsmeinung in der Fachwelt und der Bevölkerung das umstrittene „Heizungsgesetz“ (Gebäudeenergiegesetz/GEG) verabschiedet.

Für viele Bürgerinnen und Bürger werden die Konsequenzen des Heizungsgesetzes schlicht unbezahlbar sein. Eine echte Förderrichtlinie, wie von der Union gefordert, hat die Bundesregierung bisher nur in allgemeinen Eckpunkten ohne Präzisierung vorgelegt. Die daraus resultierende finanzielle Unsicherheit zerstört

das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die Verlässlichkeit und Planbarkeit der Auswirkungen weitreichender staatlicher Entscheidungen.

Im Eilverfahren hatte das Bundesverfassungsgericht am 5. Juli 2023 verhindert, dass das Heizungsgesetz schon vor der Sommerpause im Bundestag zur Abstimmung gestellt werden konnte. Die Ampel hat daraus nichts gelernt: Der Gesetzentwurf wurde am Freitag in unveränderter Fassung zur Abstimmung gestellt und beschlossen. Eine inhaltliche Befassung der zuständigen Fachausschüsse hat die Ampel abgelehnt. Eine seriöse parlamentarische Beratung dieses weitreichenden Gesetzes ist somit weiterhin nicht möglich gewesen. ■